
FORDERUNGEN 2022
**WASSER, SANITÄRVERSORGUNG
UND HYGIENE FÜR ALLE**

Leben retten und nachhaltige Entwicklung sichern



WASSER, SANITÄRVERSORGUNG UND HYGIENE FÜR ALLE

Forderungen an die Bundesregierung

Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung sind Menschenrechte und Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde und Gesundheit. Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) sind in humanitären Krisen überlebensnotwendig, häufig aber nicht ausreichend vorhanden. Gute Hygienepraxis leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Bewältigung von Krankheiten und Pandemien. Universeller Zugang zu sicher bewirtschafteten WASH-Systemen kann die globale Krankheitslast um bis zu 10 Prozent jährlich reduzieren.¹ Die sozioökonomischen Vorteile von Investitionen in WASH überwiegen ihre Kosten um den Faktor 4 bis 8.²

Dennoch ist der globale WASH Sektor erheblich unterfinanziert. Die Weltbank schätzt, dass 114 Milliarden Dollar pro Jahr benötigt werden, um eine sichere Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu erreichen und das Nachhaltigkeitsziel 6 der Agenda 2030 der Vereinten Nationen „Sauberes Wasser und sichere Sanitärversorgung für Alle“ (SDG 6) zu erreichen.³ Das ist das Vierfache des derzeitigen Investitionsniveaus von 28,4 Milliarden Dollar pro Jahr, und darin enthalten sind nur die Kosten für den Bau neuer Infrastruktur, nicht solche für den Betrieb und die Instandhaltung dieser Infrastruktur im Laufe der Zeit. Die finanziellen Bedarfe werden durch klimatische Veränderungen und die daraus folgen-

de Destabilisierung von fragilen Staaten und Migration weiter zunehmen. Daher wird die Weltgemeinschaft das SDG 6 und andere Nachhaltigkeitsziele voraussichtlich verfehlen, wenn der Fortschritt im Bereich WASH nicht mindestens vervierfacht wird.⁴ SDG 6 steht in besonders engem Zusammenhang zu SDG 2 „Kein Hunger“, SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ und zu SDG 5 „Geschlechtergleichstellung“. Ohne Wasser wächst kein Getreide, ohne Toiletten und Hygiene sterben Menschen an Durchfallerkrankungen oder gehen Mädchen nicht mehr in die Schule.

Deutschland hat sich zu einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik bekannt, welche die gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen in den Fokus rücken soll. Als eines der größten Geberländer im WASH-Sektor und mit der internationalen Vorreiterrolle Deutschlands bei der Anerkennung der Menschenrechte auf Wasser- und Sanitärversorgung hat Deutschland die Möglichkeit, die Wichtigkeit dieses Politikwechsels anhand des Engagements im WASH-Sektor zu zeigen.

Wir fordern von der Bundesregierung, die Legislaturperiode zu nutzen und in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft folgende Punkte umzusetzen.



1 | **Den Ausbau von WASH im Sinne des Koalitionsvertrags entschieden voranzutreiben und aktiv für WASH als eine Priorität in der deutschen, europäischen und internationalen Zusammenarbeit einzutreten.**

- ▶ Die Entwicklung einer Roadmap, welche konkrete Ziele, Wege und Meilensteine für den Ausbau von WASH definiert.
- ▶ Die starke Verankerung von WASH in sektoralen- und sektorenübergreifenden Richtlinien, Strategien und Programmen. Dies beinhaltet die Stärkung der WASH-Komponenten in den Bereichen Ernährungssicherheit, Gesundheit, Bildung, Umweltschutz, Klima-Anpassung sowie Frauen- und Mädchenförderung.
- ▶ Eine substantielle Erhöhung der Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich WASH, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs), um den Anteil von WASH an der gesamten deutschen ODA innerhalb der aktuellen Legislaturperiode wieder auf 10 Prozent zu erhöhen.

2 | **Die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung und den Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklungsziele „Niemanden zurücklassen“ zur Maxime der Entwicklungszusammenarbeit zu machen, um eine nachhaltige und staatlich kontrollierte Daseinsvorsorge für alle zu erreichen.**

- ▶ Die Inklusion von marginalisierten Gruppen und den progressiven Abbau von Ungleichheiten in der Versorgung zum Grundsatz der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich WASH zu erheben. Bei Förder- und Investitionsentscheidungen hat der Anschluss von Unversorgten, insbesondere in LDCs, Vorrang. Hierfür ist von der Bundesregierung ein nachvollziehbares Monitoring einzurichten, welches die Umsetzung des Grundsatzes „Niemanden zurücklassen“ transparent misst.
- ▶ Die konsequente Anwendung der normativen Grundlagen der Menschenrechte auf Wasser- und Sanitärversorgung in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit, um staatliches Handeln im Einklang mit den Menschenrechten zu erreichen. Dies erfordert den Ausbau der Unterstützung von Governance-Strukturen, Institutionen, rechtliche Rahmenbedingungen und Anti-Korruption.
- ▶ Eine stärkere Einbeziehung von NROs als „advocates for social change“, indem menschenrechtsbasierte, inklusive und systemische Ansätze vermehrt gefördert werden, die darauf zielen, Regierungsinstitutionen in die Verantwortung zu nehmen und ihre Arbeit zu verbessern.
- ▶ Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit auf politischer und operativer Ebene zu beschleunigen, sich entschieden für das bislang stark vernachlässigte Thema Menstruation einzusetzen und das WASH-Netzwerk und VENRO an der Entwicklung des Gender-Aktionsplans der Bundesregierung zu beteiligen.

3 | **Den präventiven Gesundheitsschutz durch WASH als essentiellen Bestandteil in der globalen Gesundheitspolitik zu verankern.**

- ▶ Die Versorgung von Schlüsselorten zur Pandemieprävention, wie Gesundheitseinrichtungen, Schulen, öffentlichen Institutionen oder Marktplätzen, mit WASH, um einen angemessenen Infektionsschutz sicherzustellen.
- ▶ Der Ausbau der interdisziplinären und partnerschaftlichen Umsetzung des One-Health-Ansatzes zur Bekämpfung von zoonotischen, vernachlässigten Tropen- und armutsassoziierten Krankheiten.
- ▶ Die Förderung von verbindlichen partizipativen Projekt-Komponenten, die eine Änderung des Sanitär- und Hygieneverhaltens sowie den Ausbau der Hygiene-Bildung an Schulen unterstützen.

4 | Die Aufwertung der Sanitärversorgung und Hygiene, um ein Leben in Würde und das Recht auf eine saubere Umwelt zu garantieren und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

- ▶ Ein entschiedenes Eintreten gegen die Tabuisierung der Sanitärversorgung auf der politischen und der operativen Ebene, damit die Bürger*innen den Bedarf erkennen und eine sichere Sanitärversorgung einfordern und die politischen Entscheidungsträger*innen diesem Bedarf Priorität einräumen.
- ▶ Die Berücksichtigung der gesamten WASH-Versorgungs- und Entsorgungskette und des Ansatzes der Kreislaufwirtschaft in den Programmen der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, die Umweltbelastung der Systeme zu senken und die Klima-Resilienz zu steigern.

5 | Die Stärkung von WASH als lebensrettenden Bestandteil der humanitären Hilfe im Sinne der WASH-Strategie des Auswärtigen Amtes und unter Wahrung der humanitären Prinzipien fortzusetzen.

- ▶ Eine mindestens proportionale Steigerung der Finanzierung humanitärer Hilfe im Bereich WASH im Vergleich zum gesamten Mittelzuwachs für die deutsche Humanitäre Hilfe, damit WASH als global und relativ unterfinanzierter Sektor nicht noch weiter zurückbleibt.
- ▶ Den Ausbau der Lokalisierung und der vorausschauenden humanitären Hilfe.

6 | Die Potentiale des Humanitarian Development Peace Nexus im Bereich WASH zu nutzen, um die Resilienz von Versorgungssystemen zu steigern, das Vertrauen der Bürger*innen in die staatliche Daseinsvorsorge zu stärken und fragile Kontexte zu stabilisieren.

- ▶ Die Förderung eines lückenlosen Übergangs von der humanitären Hilfe zur Entwicklungszusammenarbeit in humanitären Kontexten mit dem Ziel, so früh wie möglich ein tragfähiges Fundament für eine nachhaltige Entwicklung zu legen.
- ▶ Die Priorisierung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in LDCs und fragilen Staaten, die systemischen und risiko-informierten Ansätzen folgen und eine aktive Krisen- und Katastrophenvorsorge beinhalten.
- ▶ Die Förderung der Koordinierung und Zusammenarbeit von Akteuren der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung.

7 | Eine ziel- und wirkungsorientierte Förderung der Zivilgesellschaft, welche ihre komparativen Vorteile nutzt und soziale Innovation fördert.

- ▶ Die Erhöhung des Anteils für die Förderung von Vorhaben der Zivilgesellschaft an den deutschen ODA-Mitteln auf 15 Prozent.
- ▶ Längere Förderzeiträume und flexiblere Fördermechanismen mit einer klaren Fokussierung auf die Ebene der Wirkungen und Ergebnisse.
- ▶ Die Erhöhung der Verwaltungskostenpauschalen, um den hohen Aufwand der inländischen Träger für die Projektsteuerung sowie die Qualitäts- und Integritätssicherung zu decken.
- ▶ Die Förderung von Konsortien mit mehreren inländischen Trägern sowie die direkte Förderung der Personalkosten von inländischem Projektpersonal, welches Unterstützungsleistungen an lokale Partner und Stakeholder in den Bereichen „Advocacy“ und „Capacity Development“ erbringt.
- ▶ Die Verbesserung der Anschlussfähigkeit zwischen der bilateralen Zusammenarbeit und der Zivilgesellschaft durch einen institutionalisierten Austausch aller Akteure sowie die Entwicklung von Fördermechanismen, welche Kooperationen zwischen diesen Akteuren ermöglichen und fördern.